

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang SOBOTKA  
Parlament  
1017 Wien

26. April 2018

GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0035-II.6/2018

Die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 26. Februar 2018 unter der Zl. 336/J-NR/2018 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Geplante Änderungen des Abstimmungsverhaltens Österreichs in Bezug auf Israel und den Nahostkonflikt in Gremien der Vereinten Nationen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 3:**

Das österreichische Abstimmungsverhalten auf Ebene der Vereinten Nationen zu Fragen des Nahost-Konflikts war und wird auch weiterhin vom Respekt des geltenden Völkerrechts und von Anstrengungen für eine erfolgreiche Nahost-Lösung in Form einer Zwei-Staaten-Lösung geprägt sein, wie auch im Regierungsprogramm festgehalten. Dabei stimmt sich Österreich eng mit seinen Partnern in der Europäischen Union ab.

**Zu den Fragen 4 und 5:**

Der israelische Siedlungsbau in den palästinensischen Gebieten steht im Widerspruch zum Völkerrecht und ist ein Hindernis für eine friedliche und nachhaltige Nahost-Lösung. Die österreichische Bundesregierung unterstützt in dieser und in anderen zentralen Fragen des Nahost-Konflikts vollinhaltlich den EU-Konsens, wie er regelmäßig in Schlussfolgerungen des Rates zum Ausdruck kommt.

Dr. Karin Kneissl



